

720 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

1981 05 13

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom XXXXXXXXX über Schutzmaßnahmen für Nachtschicht-Schwerarbeiter durch Änderung des Urlaubsgesetzes, des Arbeitszeitgesetzes, des Angestelltengesetzes, des Arbeitnehmerschutzgesetzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie durch Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Einführung eines Sonderruhegeldes (Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz — NSchG)

Der Nationalrat hat beschlossen:

ARTIKEL I

Schutzmaßnahmen

Für Arbeitnehmer, die Nachtschicht-Schwerarbeit leisten, sind nach Maßgabe der folgenden Artikel besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen:

- Zusatzurlaub (Art. II),
- Kurzpausen (Art. III),
- Abfertigung (Art. IV),
- verstärkter vorbeugender Arbeitnehmerschutz (Art. V),
- Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes (Art. VI),
- Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Sonderruhegeld (Art. VII bis XII).

ARTIKEL II

Das Bundesgesetz vom 7. Juli 1976, BGBl. Nr. 390, betreffend die Vereinheitlichung des Urlaubsrechtes und die Einführung einer Pflegefreistellung wird geändert wie folgt:

Nach § 10 ist folgender § 10 a einzufügen:

„Zusatzurlaub

§ 10 a. (1) Arbeitnehmer haben für jedes Urlaubsjahr, in dem sie in einem Nachtschichtbetrieb im Sinne des Art. VII Abs. 3 NSchG, BGBl. Nr. XX/XXX, mindestens 70 mal in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden

Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 Z 1 bis 8 NSchG geleistet haben, Anspruch auf Zusatzurlaub im Ausmaß von zwei Werktagen. Der Anspruch auf Zusatzurlaub erhöht sich auf vier Werktage, wenn sie fünf Jahre, und auf sechs Werktage, wenn sie zehn Jahre solche Arbeiten geleistet haben.

(2) § 2 Abs. 1 und 2 und § 3 finden auf den Zusatzurlaub keine Anwendung.

(3) Für den Anspruch auf Zusatzurlaub sind alle beim selben oder einem anderen Arbeitgeber verbrachten Dienstjahre, in denen die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt wurden, anzurechnen.“

ARTIKEL III

Das Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969, BGBl. Nr. 461, über die Regelung der Arbeitszeit in der Fassung der Bundesgesetze vom 16. Juni 1971, BGBl. Nr. 238, und vom 28. November 1974, BGBl. Nr. 2/1975, wird geändert wie folgt:

§ 11 hat zu lauten:

„Ruhepausen

§ 11. (1) Beträgt die Gesamtdauer der Tagesarbeitszeit mehr als sechs Stunden, so ist die Arbeitszeit durch eine Ruhepause von mindestens einer halben Stunde zu unterbrechen. Wenn es im Interesse der Arbeitnehmer des Betriebes gelegen oder aus betrieblichen Gründen notwendig ist, können anstelle einer halbstündigen Ruhepause zwei Ruhepausen von je einer Viertelstunde oder drei Ruhepausen von je zehn Minuten gewährt werden.

(2) Eine Pausenregelung gemäß Abs. 1 zweiter Satz kann, sofern eine gesetzliche Betriebsvertretung besteht, nur mit deren Zustimmung getroffen werden.

(3) Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, sind den in Wechselschichten beschäftigten Arbeitnehmern anstelle der Pausen im Sinne des Abs. 1 Kurzpausen von angemessener Dauer zu gewähren. Eine derartige Pausenregelung kann

auch bei sonstiger durchlaufender mehrschichtiger Arbeitsweise getroffen werden.

(4) Eine durchlaufende mehrschichtige Arbeitsweise liegt vor, wenn Arbeitnehmer dauernd oder in bestimmten Zeitabschnitten wechselweise in allen Schichten arbeiten.

(5) Arbeitnehmern, die Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 NSchG, BGBl. Nr. XX/XXX, leisten, ist in jeder Nachtschicht jedenfalls eine Kurzpause von mindestens zehn Minuten zu gewähren.

(6) Das Arbeitsinspektorat kann, wenn es im Interesse der Arbeitnehmer des Betriebes gelegen oder aus betrieblichen Gründen notwendig ist, eine von Abs. 1 abweichende Pausenregelung zulassen.

(7) Das Arbeitsinspektorat kann ferner für Betriebe, Betriebsabteilungen oder für bestimmte Arbeiten (zum Beispiel Fließbandarbeiten) über die Bestimmungen des Abs. 1 hinausgehende Ruhepausen anordnen, wenn die Schwere der Arbeit oder der sonstige Einfluß der Arbeit auf die Gesundheit der Arbeitnehmer dies erfordert.

(8) Kurzpausen im Sinne der Abs. 3 und 5 gelten als Arbeitszeit; dasselbe gilt für Ruhepausen im Sinne des Abs. 7, soweit sie das Ausmaß nach Abs. 1 überschreiten.

(9) Der Bundesminister für soziale Verwaltung kann in Entsprechung eines gemeinsamen Antrages der in Betracht kommenden kollektivvertragfähigen Körperschaften der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer weitere Nachtschichtarbeiten, die eine außergewöhnliche körperliche Beanspruchung mit sich bringen oder bei denen der Arbeitnehmer Einwirkungen durch Staub, schädigende Stoffe oder Strahlen ausgesetzt ist, soweit es sich nicht um Nachtschichtarbeiten im Bergbau handelt, durch Verordnung der Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 NSchG gleichsetzen; unter den gleichen Voraussetzungen kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung Nachtschichtarbeiten im Bergbau durch Verordnung der Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 NSchG gleichsetzen.

(10) Der Arbeitgeber hat das Arbeitsinspektorat unter Anschluß eines Schichtplanes von der Einführung der durchlaufenden mehrschichtigen Arbeitsweise sowie von der Heranziehung von Arbeitnehmern zu Arbeiten im Sinne des Abs. 3 binnen vierzehn Tagen zu verständigen.

(11) Das Arbeitsinspektorat hat Meldungen gemäß Abs. 10 den gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Verlangen zugänglich zu machen.

(12) Der Arbeitgeber hat an einer für die Arbeitnehmer des Betriebes leicht zugänglichen Stelle einen Aushang über die Regelung der Kurzpausen gut sichtbar anzubringen.

(13) Der Arbeitgeber hat dem Arbeitsinspektorat auf Verlangen eine Abschrift der Regelung über die Kurzpausen zu übermitteln.“

ARTIKEL IV

Das Angestelltengesetz, BGBl. Nr. 292/1921, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 23. Feber 1979, BGBl. Nr. 107, wird geändert wie folgt:

§ 23 a Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Der Anspruch auf Abfertigung besteht auch dann, wenn das Dienstverhältnis mindestens zehn Jahre ununterbrochen gedauert hat und

1. bei Männern nach Vollendung des 65. Lebensjahres, bei Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres oder
2. wegen Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer aus einer gesetzlichen Pensionsversicherung oder
3. wegen Inanspruchnahme des Sonderruhegeldes (Art. X NSchG, BGBl. Nr. XX/XXX)

durch Kündigung seitens des Angestellten endet.“

ARTIKEL V

Das Bundesgesetz vom 30. Mai 1972, BGBl. Nr. 234, über den Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer (Arbeitnehmerschutzgesetz) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 5. Feber 1974, BGBl. Nr. 144, wird wie folgt geändert:

§ 22 Abs. 1 erhält die Bezeichnung § 22 Abs. 1 Z 1; folgende Z 2 ist anzufügen:

„2. Für Arbeitnehmer, die in Nachtschichtbetrieben im Sinne des Art. VII Abs. 3 NSchG, BGBl. Nr. XX/XXX, in denen dauernd mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigt sind, mindestens 50 mal im Kalenderjahr in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr mindestens sechs Stunden Nachtschichtarbeit verrichten, ist eine betriebsärztliche Betreuung vorzusehen. Dies gilt nicht, wenn in die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft (§ 5 des Arbeitszeitgesetzes, BGBl. Nr. 461/1969) fällt.“

ARTIKEL VI

Das Bundesgesetz vom 14. Dezember 1973, BGBl. Nr. 22/1974, betreffend die Arbeitsverfassung in der Fassung der Bundesgesetze vom 11. Juni 1975, BGBl. Nr. 360, vom 7. Juli 1976,

720 der Beilagen

3

BGBL. Nr. 387, und vom 11. Oktober 1978, BGBL. Nr. 519, sowie der Kundmachung vom 2. Februar 1979, BGBL. Nr. 47, wird geändert wie folgt:

1. § 97 Abs. 1 Z 9 hat zu lauten:

„9. Maßnahmen zur menschengerechten Arbeitsgestaltung — insbesondere auch zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung oder zum Ausgleich von Belastungen der Arbeitnehmer durch die Art der Arbeitsweise.“

2. § 97 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Kommt in den in Abs. 1 Z 1 bis 6, 8 und 9 bezeichneten Angelegenheiten zwischen Betriebsinhaber und Betriebsrat über den Abschluß, die Abänderung oder Aufhebung einer solchen Betriebsvereinbarung eine Einigung nicht zustande, so entscheidet — insoweit eine Regelung durch Kollektivvertrag oder Satzung nicht vorliegt — auf Antrag eines der Streitparteien die Schlichtungsstelle.“

3. Nach § 99 ist ein § 99 a mit folgendem Wortlaut einzufügen:

„Mitwirkung an der Bestellung der betriebseigenen betriebsärztlichen Betreuung und des Leiters des sicherheitstechnischen Dienstes

§ 99 a. (1) In Betrieben, in denen ein sicherheitstechnischer Dienst (§ 21 ASchG, BGBL. Nr. 234/1972) einzurichten ist, bedarf die Bestellung des Leiters eines sicherheitstechnischen Dienstes zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Betriebsrates.

(2) In Betrieben, in denen eine betriebsärztliche Betreuung einzurichten ist (§ 22 ASchG), bedürfen folgende Maßnahmen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Betriebsrates:

1. Die Bestellung des Leiters einer betriebs-eigenen betriebsärztlichen Betreuung;
2. der Zusammenschluß mehrerer Betriebe zu einer gemeinsamen betriebsärztlichen Betreuung;
3. die Inanspruchnahme einer bestimmten überregionalen betriebsärztlichen Betreuung.

(3) Die Zustimmung des Betriebsrates kann durch das Einigungsamt ersetzt werden, wenn die Interessen des Betriebes an der Auswahl oder an der Art der Durchführung der Maßnahmen die Interessen der Arbeitnehmerschaft überwiegen.“

4. a) § 105 Abs. 3 Z 1 lit. g hat zu lauten:

„g) wegen seiner Tätigkeit als Sicherheitsvertrauensperson (§ 20 ASchG, BGBL. Nr. 234/1972), als Leiter des sicherheitstechnischen Dienstes (§ 21 ASchG) oder als Arzt im betriebs-eigenen betriebsärztlichen Dienst (§ 22 ASchG);“

b) Im § 105 Abs. 3 Z 2 ist nach lit. b folgender Absatz einzufügen:

„Umstände, die ihre Ursache in einer langjährigen Beschäftigung als Nachtschicht-Schwerarbeiter (Art. VII NSchG, BGBL. Nr. XX/XXX) haben, dürfen zur Rechtfertigung der Kündigung nicht herangezogen werden.“

5. Im § 113 Abs. 2 Z 5 ist der Punkt nach lit. d durch einen Strichpunkt zu ersetzen und folgende lit. e einzufügen:

„e) Mitwirkung an der Bestellung des Leiters eines sicherheitstechnischen Dienstes oder der Einrichtung einer betriebsärztlichen Betreuung (§ 99 a).“

ARTIKEL VII

Nachtschichtarbeit und Nachtschicht-Schwerarbeit

(1) Nachtschichtarbeit leistet ein in der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBL. Nr. 189/1955, pflichtversicherter Dienstnehmer, der in einem Nachtschichtbetrieb im Sinne des Abs. 3 nach dem Schichtplan innerhalb eines Kalendermonates an mindestens sechs Schichtarbeitstagen im Sinne des Abs. 3 in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden arbeitet (Nachtschichtmonat); arbeitet der Dienstnehmer nach dem Schichtplan innerhalb eines Kalendermonates an weniger als sechs Schichtarbeitstagen in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden, gilt dieser Kalendermonat als Nachtschichtmonat, wenn der Dienstnehmer nach dem Schichtplan in diesem Kalendermonat und in dem unmittelbar vorangegangenen Kalendermonat wenigstens an zwölf Schichtarbeitstagen bzw. in diesem Kalendermonat und in den zwei unmittelbar vorangegangenen Kalendermonaten wenigstens an 18 Schichtarbeitstagen in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden gearbeitet hat. Arbeitsunterbrechungen bleiben hierbei außer Betracht, solange die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung weiterbesteht. Nachtschichtarbeit leistet der Dienstnehmer auch dann, wenn die im Kalendermonat erforderlichen sechs Schichtarbeitstage nur deswegen nicht erreicht werden, weil diese Arbeit nicht am Ersten des Kalendermonates begonnen bzw. am Letzten des Kalendermonates geendet hat.

(2) Nachtschicht-Schwerarbeit leistet jedenfalls ein Dienstnehmer im Sinne des Abs. 1, der unter einer der folgenden Bedingungen arbeitet:

1. in Bergbaubetrieben ausschließlich oder überwiegend unter Tage oder im Stollen- und Tunnelbau;
2. bei den Organismus besonders belastender Hitze (das ist bei einer durch Arbeitsvorgänge verursachten Lufttemperatur von

- 30 Grad Celsius bei 50% relativer Luftfeuchtigkeit am Arbeitsplatz sowie bei anderen wirkungsgleichen oder ungünstigeren raumklimatischen Verhältnissen am Arbeitsplatz), sofern die Hitzeeinwirkung regelmäßig mindestens während der halben normalen Arbeitszeit gegeben ist;
3. bei überwiegendem Aufenthalt in begehbaren Kühlräumen, wenn die Raumtemperatur niedriger als -21 Grad Celsius ist, oder wenn der Arbeitsablauf einen ständigen Wechsel zwischen solchen Kühlräumen und sonstigen Arbeitsräumen erfordert;
4. bei andauernd starkem Lärm, sofern ein Schallpegelwert von 85 dB (A), oder bei nicht andauerndem Lärm, sofern ein wirkungsäquivalenter Pegelwert überschritten wird;
5. wenn regelmäßig dauernd oder überwiegend Arbeitsgeräte verwendet werden, die durch Erschütterung auf den Körper einwirken, wie Pressluftwerkzeuge oder ähnlich wirkende Geräte;
6. wenn regelmäßig und mindestens während der halben täglichen normalen Arbeitszeit Atemschutzgeräte (Atemschutz-, Filter- oder Behältergeräte) getragen werden müssen;
7. an Bildschirmarbeitsplätzen (das sind Arbeitsplätze, bei denen das Bildschirmgerät und die Dateneingabetastatur sowie gegebenenfalls ein Informationsträger eine funktionelle Einheit bilden), sofern die Arbeit mit dem Bildschirmgerät und die Arbeitszeit an diesem Gerät für die gesamte Tätigkeit bestimmend ist;
8. bei ständigem gesundheitsschädlichen Einwirken von inhalativen Schadstoffen, die zu einer Berufskrankheit im Sinne der Anlage 1 zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz führen können.

(3) Nachtschichtbetrieb ist ein Betrieb, in dem nach einem vorher festgelegten Schichtplan in voll- oder teilkontinuierlicher mehrschichtiger Arbeitsweise nicht nur vorübergehend oder saisonbedingt in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr gearbeitet wird. Schichtarbeitstag ist der Zeitraum vom Beginn der ersten Schicht eines Kalendertages bis zum Ende der letzten Schicht, die an diesem Kalendertag begonnen hat.

(4) Der Bundesminister für soziale Verwaltung kann in Entsprechung eines gemeinsamen Antrages der in Betracht kommenden kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Dienstgeber und der Dienstnehmer weitere Nachtschichtarbeiten, die eine außergewöhnliche körperliche Beanspruchung mit sich bringen oder bei denen der Dienstnehmer Einwirkungen durch Staub, schädigende Stoffe oder Strahlen ausgesetzt ist, soweit es sich nicht um Nachtschichtarbeiten im Bergbau han-

delt, durch Verordnung der Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Abs. 2 gleichsetzen; unter den gleichen Voraussetzungen kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung Nachtschichtarbeiten im Bergbau durch Verordnung der Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Abs. 2 gleichsetzen.

ARTIKEL VIII

Meldungen

(1) Die Dienstgeber haben jeden von ihnen beschäftigten Dienstnehmer, der eine Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 leistet, gesondert zu melden.

(2) Für die Meldepflicht gelten die Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes über die Meldungen und Auskunftspflicht mit der Maßgabe, daß

- a) die Meldungen auf dem hierfür vorgesehenen Vordruck zu erstatten sind und
- b) die im § 33 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes festgesetzte Frist von drei Tagen erst nach dem Ende des Kalendermonates, in dem die Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet worden ist, zu laufen beginnt.

Der Dienstgeber hat je eine Kopie der Meldung dem Versicherten, dem nach dem Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, in Betracht kommenden Organ der Betriebsvertretung und dem zuständigen Arbeitsinspektorat (der Berghauptmannschaft) zu übermitteln. Die Meldungen haben alle für die Durchführung dieses Bundesgesetzes erforderlichen Angaben zu enthalten. Bei Verstößen gegen die Melde- und Auskunftspflicht gelten die Strafbestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes entsprechend.

ARTIKEL IX

Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge

Die Pensionsversicherungsträger gewähren den Versicherten, die Nachtschichtarbeit oder Nachtschicht-Schwerarbeit im Sinne des Art. VII Abs. 1 bzw. 2 leisten, nach pflichtgemäßem Ermessen Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge gemäß § 307 d des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit dem Ziele, den Eintritt dauernder Schädigungen durch die Nachtschichtarbeit oder Nachtschicht-Schwerarbeit hintanzuhalten. Hiebei ist auf die Art und Dauer der Tätigkeit sowie den allgemeinen Gesundheitszustand des Betroffenen Bedacht zu nehmen.

ARTIKEL X

Sonderruhegeld

(1) Anspruch auf Sonderruhegeld hat der Versicherte nach Vollendung des im Abs. 2 bezeichneten Anfallsalters, wenn

720 der Beilagen

5

1. der Zeitraum von 240 Kalendermonaten vor dem Stichtag mindestens zu drei Viertel und der Zeitraum vom ersten Tag des Monats, der der Vollendung des 50. Lebensjahres (bei Frauen des 45. Lebensjahres) folgt, bis zum Stichtag mindestens zur Hälfte mit Beitragsmonaten im Sinne des § 225 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes gedeckt ist, für die Beiträge gemäß Artikel XI Abs. 3 entrichtet worden sind, und
 2. am Stichtag weder eine selbständige noch eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird; eine Erwerbstätigkeit mit einem auf den Monat entfallenden Erwerbseinkommen von nicht mehr als dem im § 253 Abs. 1 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes genannten, jeweils geltenden Betrag hat hierbei außer Betracht zu bleiben; hinsichtlich der Ermittlung des Erwerbseinkommens aus einem land(forst)wirtschaftlichen Betrieb ist § 292 Abs. 5 und 7 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes entsprechend anzuwenden.
- (2) Als Anfallsalter gilt
1. für Männer, wenn der Stichtag
 - in den Jahren 1981, 1982 oder 1983 liegt, das 57. Lebensjahr,
 - in den Jahren 1984, 1985 oder 1986 liegt, das 58. Lebensjahr,
 - in den Jahren 1987, 1988 oder 1989 liegt, das 59. Lebensjahr,
 - im Jahre 1990 liegt, das 60. Lebensjahr;
 2. für Frauen, wenn der Stichtag
 - in den Jahren 1981, 1982 oder 1983 liegt, das 52. Lebensjahr,
 - in den Jahren 1984, 1985 oder 1986 liegt, das 53. Lebensjahr,
 - in den Jahren 1987, 1988 oder 1989 liegt, das 54. Lebensjahr,
 - im Jahre 1990 liegt, das 55. Lebensjahr.
- (3) Das Sonderruhegeld gebührt in der Höhe der Invaliditätspension (Berufsunfähigkeitspension, Knappschaftsvollpension) nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, auf die am Stichtag bei Erfüllung aller erforderlichen Voraussetzungen Anspruch bestanden hätte. Es ist von dem Pensionsversicherungsträger festzustellen und auszuzahlen, der gemäß § 246 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes für die Gewährung einer Invaliditätspension (Berufsunfähigkeitspension, Knappschaftsvollpension) leistungszuständig wäre.
- (4) Für den Bereich der Sozialversicherung, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, BGBl. Nr. 609, des Sonderunterstützungsgesetzes, BGBl. Nr. 642/1973, des Familienlastenausgleichsgesetzes

1967, BGBl. Nr. 376, des Wohnungsbeihilfengesetzes, BGBl. Nr. 229/1951, und des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440, ist das Sonderruhegeld einer vorzeitigen Alterspension (Knappschaftsalterspension) bei langer Versicherungsdauer nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz gleichzuhalten. Hierbei sind die in Betracht kommenden Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. An die Stelle des Eintrittes des Versicherungsfalles tritt die Vollendung des Anfallsalters.
2. Der Anspruch auf Sonderruhegeld erlischt ohne weiteres Verfahren mit Ablauf des Kalendermonates, in dem der Versicherte das 65. Lebensjahr (die Versicherte das 60. Lebensjahr) bzw. der Versicherte, der die allgemeinen Voraussetzungen für den Knappschaftssold (§ 235 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes) erfüllt hat und am Stichtag in der Pensionsversicherung nicht pflichtversichert ist, das 60. Lebensjahr vollendet hat. Ab diesem Zeitpunkt gelten die allgemeinen Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Alterspension bzw. Knappschaftsalterspension gemäß den §§ 253 bzw. 276 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes jedenfalls als erfüllt. Die Alterspension (Knappschaftsalterspension) ist mindestens in der Höhe des erloschenen Anspruches auf Sonderruhegeld zu bemessen.

ARTIKEL XI

Finanzielle Maßnahmen

(1) Die Pensionsversicherungsträger haben die Aufwendungen und Erträge nach diesem Bundesgesetz für jedes Geschäftsjahr in einer gesonderten Erfolgsrechnung nachzuweisen.

(2) Als Aufwendungen nach Abs. 1 sind hierbei der Aufwand für Sonderruhegeld, der Beitrag für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge gemäß Art. IX zu erfassen. Der Bund ersetzt den Pensionsversicherungsträgern diese Aufwendungen, höchstens jedoch 110 vH des Aufwandes für Sonderruhegeld. Diese Ersatzleistung des Bundes gilt als Ertrag nach Abs. 1. Ein allfälliger nachgewiesener Fehlbetrag (Gebarungsabgang) ist aus der ordentlichen Gebarung der Pensionsversicherungsträger zu decken. Die gebührende Ersatzleistung des Bundes ist monatlich im erforderlichen Ausmaß nach Tunlichkeit unter Bedachtnahme auf den voraussichtlichen Aufwand zu bevorschussen.

(3) Zur Deckung des Aufwandes des Bundes nach Abs. 2 haben die Dienstgeber für jeden von ihnen im Sinne des Art. VII Abs. 2 beschäftigten Dienstnehmer einen gesonderten Beitrag (Nacht- schicht-Schwerarbeiter-Beitrag) im Ausmaß von

2,5 vH der allgemeinen Beitragsgrundlage in der nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz geregelten Pensionsversicherung zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen im Sinne des § 54 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes zu entrichten.

(4) Für den Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag gelten die Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes über Beiträge zur Pflichtversicherung auf Grund des Arbeitsverdienstes mit der Maßgabe, daß

1. die Beiträge an den Bund abzuführen sind und
2. die Krankenversicherungsträger eine Vergütung von 1 vH der abgeführten Beiträge erhalten.

(5) Der Bundesminister für soziale Verwaltung hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen den im Abs. 3 genannten Hundertsatz unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse der gesonderten Erfolgsrechnungen gemäß Abs. 1 — ausgenommen die für das Geschäftsjahr 1981 — durch Verordnung so zu ändern, daß der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag 75 vH der Ersatzleistung des Bundes voraussichtlich deckt. Änderungen dieses Hundertsatzes um weniger als fünf Prozentpunkte bleiben hiebei außer Betracht. Eine Änderung des Beitragssatzes wird erst mit dem ersten Beitragszeitraum des folgenden Geschäftsjahres wirksam.

ARTIKEL XII

Verfahren

(1) Streitigkeiten über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. VII Abs. 2, den Beginn und das Ende der Nachtschicht-Schwerarbeit sowie den Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag gelten als Verwaltungssachen im Sinne des § 409 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes.

(2) Die Bestimmungen des Siebenten Teiles des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes über das Verfahren sind auf die Verwaltungssachen im Sinne des Abs. 1 mit der Maßgabe anzuwenden, daß gegen den Bescheid des Landeshauptmannes, soweit er das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. VII Abs. 2 sowie den Beginn und das Ende der Nachtschicht-Schwerarbeit betrifft, die Berufung an den Bundesminister für soziale Verwaltung zusteht.

(3) Im Verfahren über Leistungssachen darf über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. VII Abs. 2 als Vorfrage nicht entschieden werden. Der Versicherungsträger, das Schiedsgericht oder das Oberlandesgericht Wien hat vielmehr die Einleitung des Verfahrens beim zuständigen Krankenversicherungsträger zu beantragen und das eigene Verfahren bis zur Rechtskraft der Entscheidung im Verwaltungsverfahren auszusetzen (zu unterbrechen).

ARTIKEL XIII

Übergangsbestimmungen

(1) Ansprüche auf Zusatzurlaub in Kollektivverträgen, Arbeits(Dienst)ordnungen oder Betriebsvereinbarungen werden auf den nach diesem Bundesgesetz zustehenden Zusatzurlaub angerechnet, wenn sie als Abgeltung für Schichtarbeit, Schwerarbeit oder Nachtarbeit gewährt werden.

(2) Der Anspruch auf Zusatzurlaub gemäß Art. II besteht erstmals für jenes Urlaubsjahr, in das der 1. Juli 1981 fällt.

(3) Am 1. Juli 1981 bestehende Ansprüche auf bezahlte Pausen in Kollektivverträgen, Arbeits(Dienst)ordnungen oder Betriebsvereinbarungen können auf die Kurzpausen im Sinne des § 11 Abs. 5 Arbeitszeitgesetz angerechnet werden, wenn sie für Nachtschicht-Schwerarbeit gewährt werden.

(4) Der Arbeitgeber hat Meldungen gemäß § 11 Abs. 10 des Arbeitszeitgesetzes für Arbeitnehmer, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes mit Arbeiten im Sinne des § 11 Abs. 3 beschäftigt sind, binnen zwei Monaten zu erstatten. Arbeitgeber und deren Bevollmächtigte, welche dieser Bestimmung zuwiderhandeln, sind nach § 28 des Arbeitszeitgesetzes zu bestrafen.

(5) Die erstmalige Meldung von Personen, die bereits am 1. Juli 1981 als Versicherte gemeldet sind und eine Tätigkeit im Sinne des Art. VII Abs. 2 ausüben, ist bis 31. Oktober 1981 zu erstatten.

(6) Sind zur Begründung des Anspruches auf Sonderruhegeld auch vor dem 1. Juli 1981 liegende Beitragsmonate im Sinne des § 225 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes heranzuziehen, so gelten nur jene Beitragsmonate als Beitragsmonate, für die Beiträge gemäß Art. XI Abs. 3 entrichtet worden sind, für die bei früherem Inkrafttreten des Art. XI Abs. 3 der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag zu entrichten gewesen wäre. Der Pensionsversicherungsträger hat bei Prüfung dieser Behauptung auf entsprechende Nachweise des Dienstgebers, des nach dem Arbeitsverfassungsgesetz in Betracht kommenden Organes der Betriebsvertretung, der gesetzlichen beruflichen Vertretung oder des zuständigen Arbeitsinspektorates (der Berghauptmannschaft) Bedacht zu nehmen.

(7) Der Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1981 wird geändert wie folgt:

1. Bei den Ausgaben des Kapitels 16 ist ein Titel 165 mit der Bezeichnung „Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz — NSchG:“ zu eröffnen.
2. Die Ersatzleistung des Bundes gemäß Art. XI Abs. 2 ist bei dem neu zu eröffnenden finanzgesetzlichen Ausgabenansatz 1/16507 „Ersatz

720 der Beilagen

7

der Aufwendungen für das Sonderruhegeld“ zu verrechnen.

3. Die Vergütung an die Krankenversicherungsträger gemäß Art. XI Abs. 4 ist bei dem neu zu eröffnenden finanzgesetzlichen Ausgabenansatz 1/16517 „Vergütung für die Einhebung des Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrages“ zu verrechnen.
4. Die Bedeckung der Mehrausgaben für Titel 165 ist einerseits in dem neu zu eröffnenden finanzgesetzlichen Einnahmenansatz 2/16504 „Bundesministerium; Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag“ und andererseits im Gesamthaushalt zu finden.

ARTIKEL XIV

Inkrafttreten

(1) Dieses Bundesgesetz tritt, soweit im folgenden nicht anderes bestimmt wird, am 1. Juli 1981 in Kraft.

(2) Art. XI Abs. 3 und 4 treten mit Beginn des Beitragszeitraumes Juli 1981 in Kraft.

(3) Anträge auf Gewährung des Sonderruhegeldes gemäß Art. X, die vor dem 1. Juli 1981 oder nach dem 1. Juli 1981, aber vor dem 1. Ok-

tober 1981 gestellt werden, gelten als am 1. Juli 1981 gestellt.

ARTIKEL XV

Vollziehung

(1) Mit der Vollziehung der Art. III, VII, VIII und XIII sind betraut:

- a) hinsichtlich der Arbeitnehmer in Betrieben, die der bergbehördlichen Aufsicht unterstehen, der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung,
- b) hinsichtlich der Arbeitnehmer in Betrieben, die dem Verkehrs-Arbeitsinspektionsgesetz unterliegen, der Bundesminister für Verkehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung,
- c) hinsichtlich aller anderen Arbeitnehmer der Bundesminister für soziale Verwaltung.

(2) Mit der Vollziehung des Art. XI Abs. 5 ist der Bundesminister für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen betraut.

(3) Mit der Vollziehung aller übrigen Bestimmungen ist der Bundesminister für soziale Verwaltung betraut.

Erläuterungen

ALLGEMEINER TEIL

In der Regierungserklärung vom 16. Juni 1979 wurde die Humanisierung der Arbeitswelt als ein besonderes Anliegen der Bundesregierung hervorgehoben und spezielle Initiativen zugunsten der am stärksten unfall- und krankheitsgefährdeten Arbeitnehmergruppen in Aussicht gestellt. Auch die Ausgestaltung der Mitbestimmung in der Wirtschaft ist als Zielvorstellung angeführt.

Die angestrebte Humanisierung der Arbeitswelt hat dort zu beginnen, wo die Arbeitsbedingungen den menschlichen Organismus besonders belasten und daher die Gefahr der Frühinvalidität besonders groß ist. Diese Voraussetzungen treffen besonders bei den Arbeitnehmern zu, die Nachtschicht in Verbindung mit Arbeit unter besonders erschwerenden Bedingungen leisten.

Darüber hinaus führt Schichtarbeit (mit Nachtschichten) zu familiären und sozialen Problemen, weil der geänderte Lebensrhythmus es dem Schichtarbeiter schwer macht, seiner sozialen Rolle

gerecht zu werden. Sie führt zu Störungen der biorhythmischen Funktionen und damit verbunden zu Schlafstörungen, auch verstärkt sie die Risikofaktoren für bestimmte insbesondere psychosomatische Erkrankungen. Den betriebswirtschaftlichen Vorteilen der Schichtarbeit für die Unternehmen stehen volkswirtschaftliche Nachteile durch den vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft und dem damit verbundenen Aufwand für Krankenbehandlung und Pensionsversorgung gegenüber.

Schon seit einigen Jahren werden im In- und Ausland Untersuchungen über diese Probleme durchgeführt, die den Nachweis erbracht haben, daß diese Tätigkeiten die menschliche Arbeitskraft in besonders hohem Ausmaß abnützen.

Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf hat 1977 ein „Symposium über Arbeitszeitregelung und soziale Probleme der Schichtarbeit in Industrieländern“ und 1978 eine „Beratende Tagung über Nachtarbeit“ abgehalten. Eine Einigung über die Annahme neuer internationaler Normen zum Thema konnte allerdings nicht erzielt wer-

den. Der Europarat hat 1980 einen Bericht über eine vergleichende Studie zum Problem der Nachtarbeit vorgelegt. In Österreich hat das Österreichische Statistische Zentralamt 1980 unter dem Titel „Sonderformen der Arbeitszeiteinteilung“ Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1978 veröffentlicht. Das Institut für Gesellschaftspolitik hat bereits 1976 und 1979 Studien über „Schicht- und Nachtarbeit“ und „Schichtarbeit in Österreich“ veröffentlicht und 1980 — in Zusammenarbeit mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft — eine umfassende vierbändige Studie über „Ökonomische Aspekte der Schichtarbeit“ herausgegeben.

Auf Grund der Ergebnisse dieser und anderer wissenschaftlicher Forschungen kann als erwiesen angenommen werden, daß insbesondere Arbeitnehmer, die Nachtschicht unter erschwerenden Arbeitsbedingungen verrichten müssen, hinsichtlich ihrer Gesundheit ganz besonders gefährdet sind. Sie sind anfälliger für Krankheiten, gegen die andere Arbeitnehmer noch genügend Abwehrkräfte besitzen, sie sind psychisch labiler und gegen seelische Erkrankungen viel weniger widerstandsfähig.

Ihre Arbeitskraft verbraucht sich schneller, so daß sie früher die Fähigkeit verlieren, vollwertige Arbeit zu leisten und früher invalide oder berufsunfähig werden.

Diese für die Betroffenen unbefriedigende Situation hat zur Forderung nach Eingreifen des Gesetzgebers geführt; sie wurde vor allem von den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer erhoben.

Der Nationalrat hat sich dieses wichtigen Anliegen durch seine Entschliessung vom 25. November 1980, betreffend Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer, die regelmäßig Schwer-, Schicht- und Nachtarbeit leisten (gemeinsamer Antrag der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei Österreichs) und vom 4. Dezember 1980, betreffend Erleichterungen für Schicht- und Schwerarbeiten mit gleichzeitiger Nachtarbeit (Antrag der Sozialistischen Partei Österreichs, dem mit Vorbehalten die Österreichische Volkspartei und die Freiheitliche Partei Österreichs beigetreten sind), angenommen. Diese Aktion wurde von einem Initiativantrag von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei vom 4. Dezember 1980, No 90/A, betreffend ein Bundesgesetz über die Erleichterung für Schwerst- und Schichtarbeiter (Schwerst- und Schichtarbeitengesetz) begleitet.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht von der Absicht aus, durch ein Bündel von Maßnahmen (Novellierung mehrerer Gesetze) die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen besonders gesundheitsgefährdeter Arbeitnehmer zu schaffen.

Den im Arbeitsleben stehenden Arbeitnehmern sollen zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft vorbeugend Zusatzurlaub, Erholungspausen während der Arbeitszeit, verstärkte betriebsärztliche Betreuung und zur Sicherung dieser Maßnahmen eine erweiterte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeit geboten werden. Weiters werden im Bereich der sozialen Vorsorge im Interesse der Vorbeugung und dem Ausgleich von erlittenen Nachteilen, die durch Arbeit unter erschwerenden Bedingungen bereits eingetreten sind, zwei Sondermaßnahmen in Aussicht genommen:

1. Die Leistungen der Pensionsversicherungsträger auf dem Gebiete der Gesundheitsvorsorge sollen für Nachtschichtarbeiter und Nachtschicht-Schwerarbeiter verstärkt werden.
2. Es wird eine neue Leistung, und zwar das sogenannte „Sonderruhegeld“ eingeführt, das im Anlaufstadium Männern ab dem vollendeten 57. und Frauen ab dem vollendeten 52. Lebensjahr (also drei Jahre vor dem frühestmöglichen Anfall einer vorzeitigen Alterspension bei langer Versicherungsdauer) unter bestimmten im Gesetz näher umschriebenen Voraussetzungen gebührt.

Da angenommen werden kann, daß die verstärkten Maßnahmen der Pensionsversicherungsträger auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge in Verbindung mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes innerhalb der nächsten Jahre eine Besserung des gesundheitlichen Zustandes der Nachtschichtarbeiter und der Nachtschicht-Schwerarbeiter zur Folge haben werden, kann die Leistung des Sonderruhegeldes allmählich abgebaut werden. Der Abbau soll so vor sich gehen, daß das Anfallsalter bis 1990 auf 60 bzw. 55 Jahre hinaufgesetzt und dadurch mit dem Anfallsalter für die Frühpension gleichgezogen wird. Ab dem Jahre 1991 kann daher kein Sonderruhegeld mehr anfallen.

Hinsichtlich der Deckung des Aufwandes, der durch die Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und die Gewährung des Sonderruhegeldes (einschließlich der Krankenversicherung) entsteht, wird von der Annahme ausgegangen, daß die Nachtschicht-Schwerarbeit den Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil bringt und daher — wie auch in der Entschliessung des Nationalrates vom 4. Dezember 1980 zum Ausdruck gebracht wird — nach dem Verursacherprinzip der überwiegende Teil des Aufwandes von den Unternehmen getragen werden soll. Der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag, der vom Dienstgeber zu leisten ist, wird drei Viertel des Aufwandes decken; der restliche Aufwand wird vom Bund getragen. Darüber hinaus werden durch die Vollziehung dieses Gesetzes den Gebietskörperschaften zusätzliche Kosten durch die Novellierung des § 11 Arbeitszeitgesetz für Ar-

beitnehmer kaum erwachsen können. Auch für Arbeitnehmer der Gebietskörperschaften, die nicht im Bereich der Hoheitsverwaltung tätig sind, sondern für deren Arbeitsverhältnis ein Kollektivvertrag wirksam ist und die daher in den Geltungsbereich des AZG fallen (§ 1 Abs. 2 Z 1 AZG), werden durch die Pausenregelung des Art. III kaum zusätzliche Kosten entstehen können, da angemessene Pausen schon bisher zu gewähren und zu bezahlen waren (§ 11 Abs. 3 in Verbindung mit § 11 Abs. 6 AZG). Die Gewährung von Zusatzurlaub hat zwar keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Budget der Gebietskörperschaften, da Dienstverhältnisse zu diesen Körperschaften vom Geltungsbereich des Urlaubsgesetzes ausgenommen sind, doch ist das Entstehen von Folgekosten möglich, wenn der vorgesehene Zusatzurlaub auch für vergleichbare Bundesbedienstete eingeführt werden sollte. Der in Frage kommende Personenkreis kann aber nicht sehr bedeutend sein.

Im übrigen wird auf die finanziellen Erläuterungen hingewiesen (S 14 f).

In verfassungsrechtlicher Hinsicht stützt sich der Gesetzentwurf zum einen auf den Kompetenztatbestand „Arbeitsrecht“, zum anderen auf den Kompetenztatbestand „Sozialversicherungswesen“ (Art. 10 Abs. 1 Z 11 B-VG), soweit Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und die Leistung des Sonderruhegeldes betroffen sind. Da aber — wie schon erwähnt — in Aussicht genommen ist, diese Leistung ab 1991 nicht mehr entstehen zu lassen, wäre ihre Aufnahme in das die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten regelnde Allgemeine Sozialversicherungsgesetz vom legislativen Standpunkt her wohl verfehlt.

BESONDERER TEIL

Zu Art. I:

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden fünf arbeitsrechtliche Gesetze novelliert (Urlaubsgesetz, Arbeitszeitgesetz, Angestelltengesetz, Arbeitnehmerschutzgesetz und Arbeitsverfassungsgesetz), ein Sonderruhegeld als sozialversicherungsrechtlicher Anspruch eingeführt und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge getroffen. Art. I hat keine eigenständige normative Bedeutung, sondern verweist lediglich auf die zu novellierenden Gesetze, deren Geltungsbereich unverändert bleibt.

Der begünstigte Personenkreis ist im wesentlichen auf Nachtschicht-Schwerarbeiter (siehe Art. VII) beschränkt, hinsichtlich einzelner Ansprüche ist der anspruchsberechtigte Personenkreis jedoch weiter gezogen [zB gelten der verstärkte vorbeugende Arbeitnehmerschutz durch Einrichtung eines betriebsärztlichen Dienstes (Art. V) und die Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitsvorsorge (Art. IX) auch für Nacht-

schichtarbeit]. Die vorgesehenen Schutzmaßnahmen kommen zunächst nur jenen Arbeitnehmern zugute, die von den Geltungsbereichen der zu novellierenden arbeitsrechtlichen Gesetze erfaßt sind. Sofern für nicht erfaßte Arbeitnehmergruppen ähnliche Bestimmungen notwendig sein sollten, werden die entsprechenden Regelungen in den jeweiligen Gesetzen zu treffen sein.

Zu Art. II (Zusatzurlaub):

Zusätzlicher Urlaub wird in der nationalen und internationalen Diskussion als eine der wichtigsten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitskraft vor frühzeitiger Abnutzung angesehen, weil die Zeiträume für die Regeneration verlängert werden. Der Anspruch auf Zusatzurlaub entsteht unabhängig vom allgemeinen Erholungsurlaub und ohne Rücksicht auf eine Wartezeit, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Voraussetzungen für den Anspruch auf Zusatzurlaub sind:

1. Es muß sich um Arbeitnehmer handeln, die in den Geltungsbereich des Urlaubsgesetzes fallen.
2. Die Arbeit muß in einem Nachtschichtbetrieb im Sinne des Art. VII Abs. 3 verrichtet werden.
3. Es müssen mindestens 70 Nachtschichten im Urlaubsjahr geleistet werden, wobei Nachtschichten dann vorliegen, wenn mindestens sechs Stunden in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr früh geleistet werden.
4. Während dieser Schichtarbeit müssen erschwerende Bedingungen im Sinne des Art. VII Abs. 2 Z 1 bis 8 vorgelegen haben.

Nicht entscheidend für den Anspruch auf Zusatzurlaub ist hingegen, in welcher zeitlichen Reihenfolge die Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet wurde. Es kommt also nicht darauf an, ob die Arbeiten regelmäßig verteilt auf das ganze Urlaubsjahr oder etwa in Form ständiger Nachtschichtarbeit durch einen längeren Zeitraum hindurch geleistet wurden. Wird das anspruchsbegründende Ausmaß von Nachtschicht-Schwerarbeit während des Urlaubsjahres nicht (vollständig) erreicht, so gebührt überhaupt kein Anspruch auf Zusatzurlaub; eine Aliquotierung findet also ebenso wenig statt wie eine wesentliche Überschreitung der Zahl von 70 in Schwerarbeit verbrachten Nachtschichten zu einem höheren Urlaubsanspruch führt. Für das Ausmaß des Anspruches auf Zusatzurlaub ist ausschließlich die Anzahl der Jahre maßgebend, in denen vom Arbeitnehmer Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet wurde. Dies unabhängig davon, ob diese Tätigkeit beim derzeitigen oder einem früheren Arbeitgeber verrichtet wurde und unabhängig davon, ob und in welchem Ausmaß die Zeiten der Nachtschicht-Schwerarbeit durch andere Dienstzeiten oder sonstige zeitliche Vakanzen unterbrochen wurden.

Der Verbrauch des zusätzlichen Urlaubes soll in der gleichen Weise erfolgen wie der des Erholungsurlaubes. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Urlaubsgesetzes, soweit dies aus dem unterschiedlichen Zweck der Regelung möglich ist.

Zu Art. III (Ruhepausen):

Die Abs. 1 bis 3, 6 und 7 entsprechen den derzeit geltenden Abs. 1 bis 5 des § 11 Arbeitszeitgesetz. § 11 Abs. 3 des Arbeitszeitgesetzes bestimmt schon derzeit, daß bei vollkontinuierlicher Schichtarbeit an Stelle der unbezahlten, mindestens halbstündigen Ruhepause (Arbeitszeitunterbrechung) angemessene Kurzpausen zu gewähren sind. Solche Kurzpausen sind Bestandteil der bezahlten Arbeitszeit (§ 11 Abs. 8). Auch bei teilkontinuierlicher Schichtarbeit (das heißt mit einer Unterbrechung durch wöchentliche Ruhezeit) kann eine solche Pausenregelung erfolgen. Durch den Entwurf wird das Ausmaß der bezahlten Kurzpausen unverändert beibehalten, jedoch gebührt bei Nachtschicht-Schwerarbeit jedenfalls eine bezahlte Kurzpause im Mindestausmaß von 10 Minuten je Schicht.

Für weitere Kategorien von Arbeiten, die unter ähnlichen belastenden Arbeitsbedingungen verrichtet werden, können durch Verordnung Kurzpausenregelungen festgesetzt werden. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, daß die technische und wirtschaftliche Entwicklung häufig zu Änderungen der Produktions- und Arbeitsbedingungen führt, auf die zum Schutze der betroffenen Arbeitnehmer rascher als dies dem Gesetzgeber möglich ist, reagiert werden muß. Die Art der Mitwirkung der kollektivvertragsfähigen Körperschaften am Zustandekommen der Verordnung ist dem § 12 Abs. 1 Ausländerbeschäftigungsgesetz nachgebildet.

Um dem Arbeitsinspektorat die Möglichkeit zur Überwachung der Einhaltung der Schutzbestimmungen zu geben, werden Meldepflichten vorgesehen.

Zu Art. IV (Abfertigung):

Der Anspruch des Arbeitnehmers auf Erhalt einer Abfertigung, wenn er das Arbeitsverhältnis selbst aufkündigt, wurde erstmals durch die Angestelltengesetznovelle 1971, BGBl. Nr. 292, für den Fall der Inanspruchnahme der Alterspension vorgesehen. Durch Art. II des Arbeiter-Abfertigungsgesetzes, BGBl. Nr. 107/1979, wurde der Abfertigungsanspruch auf den Fall der Selbstkündigung wegen Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension ausgedehnt.

Der Gedanke, der diesen Bestimmungen zugrunde liegt — nämlich dem Arbeitnehmer den Übertritt in den Ruhestand ohne Verlust von arbeitsrechtlichen Ansprüchen zu ermöglichen — muß auch im Fall des Sonderruhegeldes zum Tragen kommen. Daher wird durch eine Novellierung des Angestelltengesetzes als weiterer an-

spruchsbegründender Tatbestand für den Erwerb der Abfertigung die Selbstkündigung wegen Inanspruchnahme des Sonderruhegeldes vorgesehen. Der Anspruch steht unter den gleichen Voraussetzungen wie in den Fällen der Selbstkündigung wegen Alterspension und der vorzeitigen Alterspension zu.

Durch die globale Übernahme der Abfertigungsregelungen des Angestelltengesetzes in das Arbeiter-Abfertigungsgesetz (vgl. § 2 Abs. 1 des Arbeiter-Abfertigungsgesetzes) ist gewährleistet, daß auch für Arbeiter — für welche der Anspruch auf Sonderruhegeld ja in erster Linie in Frage kommt — der Abfertigungsanspruch bei Selbstkündigung gewahrt bleibt.

Zu Art. V (verstärkter vorbeugender Arbeitnehmerschutz):

Die erhöhte Gesundheitsgefahr, der Nachtschichtarbeiter ausgesetzt sind, erfordert eine intensive, den konkreten Arbeitsplatz mit seinen spezifischen Arbeitsbedingungen besonders berücksichtigende ärztliche Betreuung. Notwendig sind insbesondere regelmäßige Untersuchungen auf Schichttauglichkeit und später auf gesundheitliche Folgeschäden. Für diesen Zweck wird für Betriebe mit teil- und vollkontinuierlicher mehrschichtiger Arbeitsweise eine betriebsärztliche Betreuung vorgeschrieben, sofern die Arbeitnehmer häufig Nachtarbeit leisten. Für die betriebsärztliche Betreuung wurde eine Betriebsgröße von 50 Beschäftigten vorgesehen, weil angenommen werden kann, daß Nachtschichtbetriebe kaum unter 50 Arbeitnehmer beschäftigen. Im übrigen wird die in parlamentarischer Behandlung befindliche Novelle zum Arbeitnehmerschutzgesetz weitere Vorschriften über den ärztlichen Dienst in Betrieben enthalten.

Zu Art. VI (erweiterte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte):

Die Entschliessung des Nationalrates vom 4. Dezember 1980 schlägt auch vor, die Mitbestimmung bei der betrieblichen Regelung und Durchführung des Arbeitsschutzes sowie der Arbeitszeit so auszubauen, daß besonders belastende Arbeitsbedingungen und -methoden verhindert werden können. Die in diesem Artikel vorgesehenen Änderungen des Arbeitsverfassungsgesetzes tragen diesen Vorstellungen vor allem durch den Ausbau der erzwingbaren Betriebsvereinbarungen Rechnung. Bei der Einrichtung einer betriebsärztlichen Betreuung sowie bei der Bestellung der Leiter sicherheitstechnischer Dienste und der Leiter betriebs eigener betriebsärztlicher Dienste ist die Mitwirkung der Betriebsvertretung vorgesehen. Eine weitere Maßnahme, die für den zu schützenden Personenkreis von größter Bedeutung ist, betrifft die Novellierung des allgemeinen Kündigungsschutzes nach dem Arbeitsverfassungsgesetz.

Zu den einzelnen Bestimmungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Z 1:

Die vorgesehene Erweiterung in § 97 Abs. 1 Z 9 ArbVG soll die Grundlage für Betriebsvereinbarungen bilden, die es ermöglichen, den nachteiligen Wirkungen der Arbeit unter besonders belastenden Umständen entgegenzusteuern bzw. diese Wirkungen zu mildern. Welche Maßnahmen dazu im einzelnen als geeignet erscheinen, soll Betriebsrat und Betriebsinhaber überlassen bleiben. Betriebsvereinbarungen im Sinne dieser Bestimmung können alle Maßnahmen beinhalten, die nach der besonderen Situation im Betrieb geeignet sind, die Lage der durch ihre Arbeitsweise belasteten Arbeitnehmer zu verbessern.

Zu Z 2:

Wegen ihrer besonderen Bedeutung für die davon betroffenen Arbeitnehmer sollen in den Kreis der erzwingbaren Betriebsvereinbarungen neben Maßnahmen zur menschengerechten Arbeitsgestaltung auch jene Betriebsvereinbarungen, die Unfallverhütungs- bzw. sonstige Gesundheitschutzmaßnahmen zum Gegenstand haben, einbezogen werden.

Zu Z 3:

Diese neuen Mitwirkungsrechte des Betriebsrates sind im Zusammenhang mit der in Vorbereitung stehenden Novelle zum Arbeitnehmer-schutzgesetz zu sehen und sollen die Mitsprache des Betriebsrates in der für die Arbeitnehmerschaft so wichtigen Frage der Bestellung der Leiter der sicherheitstechnischen Dienste und der betriebseigenen betriebsärztlichen Betreuung sowie der Organisation der betriebsärztlichen Betreuung garantieren. Da Interessenkollisionen zwischen Arbeitnehmerschaft und Betriebsinhaber vorstellbar sind, kann die Zustimmung des Betriebsrates durch das Einigungsamt ersetzt werden, wenn die betrieblichen Interessen überwiegen. Fehlt die Zustimmung des Betriebsrates und unterläßt der Betriebsinhaber die Anrufung des Einigungsamtes, so ist die Maßnahme unwirksam.

Zu Z 4 a:

Die Kündigung von Leitern sicherheitstechnischer Dienste und Ärzten in betriebseigenen betriebsärztlichen Diensten soll — ebenso wie die Kündigung der Sicherheitsvertrauenspersonen — wegen der möglichen Interessenkollision mit dem Betriebsinhaber dem Schutz des § 105 Abs. 3 Z 1 unterstellt werden.

Zu Z 4 b:

Diese Bestimmung soll den allgemeinen Kündigungsschutz des Arbeitsverfassungsgesetzes für die Nachtschicht-Schwerarbeiter ergänzen bzw. verstärken. Durch die vorgesehene Erweiterung

des § 105 Abs. 3 ArbVG wird klargestellt, daß der Arbeitgeber im Verfahren vor dem Einigungsamt die Kündigung mit Umständen, die auf langjähriger Beschäftigung als Nachtschicht-Schwerarbeiter basieren, nicht rechtfertigen kann. Das bedeutet beispielsweise, daß längere krankheitsbedingte Absenzen, die in der langjährigen Nachtschicht-Schwerarbeit ihre Ursache haben, nicht als Rechtfertigung einer Kündigung im Sinne des § 105 Abs. 3 Z 2 lit. a herangezogen werden können.

Zu Z 5:

Diese Änderung ist die organisatorische Konsequenz der in Z 3 vorgesehenen Erweiterung der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmerschaft.

Zu Art. VII (Nachtschichtarbeit und Nachtschicht-Schwerarbeit):

Im Art. VII wird der Personenkreis, der durch dieses Gesetz erfaßt werden soll, umschrieben. Zunächst wird abstrakt der „Nachtschichtbetrieb“ erklärt (Abs. 3). Wenn ein Versicherter in diesem Betrieb nach einem Schichtplan tätig ist und an mindestens sechs Schichtarbeitstagen im Kalendermonat in der Zeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr mindestens sechs Stunden arbeitet, leistet er „Nachtschichtarbeit“ (Abs. 1). Wenn er diese „Nachtschichtarbeit“ unter erschwerenden Bedingungen leistet (Abs. 2), gilt er als Nachtschicht-Schwerarbeiter.

Der Unterschied zwischen Nachtschichtarbeiter und Nachtschicht-Schwerarbeiter ist deswegen von Bedeutung, weil nur für den Nachtschicht-Schwerarbeiter vom Dienstgeber ein gesonderter Beitrag zu entrichten ist, und weil nur jene Zeiten, in denen Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet worden ist, zur Begründung des Anspruches auf Sonderruhegeld herangezogen werden können.

Um den Rahmen der Nachtschicht-Schwerarbeit flexibel zu halten, wurde eine Verordnungsermächtigung aufgenommen. Danach hat der Bundesminister für soziale Verwaltung bzw. der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die Möglichkeit, weitere Nachtschichtarbeiten der Nachtschicht-Schwerarbeit gleichzusetzen.

Die Bestimmungen für Nachtschicht-Schwerarbeit sind zum Teil (Z 2, 4, 6) der Verordnung, BGBl. Nr. 39/1974, über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten entnommen; Z 1 entspricht der Z 1 der Anlage 9 zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz.

Zu Art. VIII (Meldungen):

Bei den Dienstnehmern, die Nachtschicht-Schwerarbeit leisten, handelt es sich um Dienstnehmer, die nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz vollversichert sind. Es war daher naheliegend, daß bezüglich der zusätzlichen Mel-

dungen dieser Dienstnehmergruppe die Vorschriften des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes angewendet werden sollen, wobei wegen der besonderen Bedeutung, die der Entrichtung des Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrages für das Sonderruhegeld zukommt, noch vorgesehen wird, daß die Dienstgeber eine Kopie dieser Meldung auch dem Versicherten, dem Betriebsrat, aber auch dem Arbeitsinspektorat bzw. der Berghauptmannschaft übermitteln. Da der Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag vom Dienstgeber allein geleistet wird und bei der Gehalts- bzw. Lohnabrechnung daher nicht aufscheint, hätte der Dienstnehmer an sich keine Möglichkeit festzustellen, ob er als Nachtschicht-Schwerarbeiter dem Krankenversicherungsträger gemeldet wurde; in seinem Interesse liegt auch die Übermittlung einer Kopie der Meldung an den Betriebsrat. Eine weitere Kopie der Meldung wird dem Arbeitsinspektorat (der Berghauptmannschaft) als der zuständigen Kontrollbehörde zur Verfügung gestellt.

Zu Art. IX (Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge):

Gemäß § 307 d des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes können die Pensionsversicherungsträger unter Berücksichtigung des Fortschrittes der medizinischen Wissenschaft, unter Bedachtnahme auf ihre finanzielle Leistungsfähigkeit und auf die Auslastung der zur Verfügung stehenden Einrichtungen Versicherten und Pensionisten geeignete Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge gewähren. Es handelt sich nach dem Wortlaut des Gesetzes bei den Leistungen der Gesundheitsvorsorge um Kann-Leistungen. Diese Kann-Leistungen sollen den Versicherten, die Nachtschichtarbeit bzw. Nachtschicht-Schwerarbeit leisten, nach pflichtgemäßem Ermessen gewährt werden, das heißt, die Kann-Leistung wird für den Pensionsversicherungsträger zu einer Pflichtleistung, der aber kein individueller Rechtsanspruch des Versicherten auf diese Leistung gegenübersteht. Worauf beim pflichtgemäßen Ermessen Bedacht zu nehmen ist, wird ebenfalls gesondert angeführt: Die Art der Tätigkeit, der allgemeine Gesundheitszustand des Betroffenen müssen bei der Entscheidung mitberücksichtigt werden.

Zu Art. X (Sonderruhegeld):

Beim Sonderruhegeld handelt es sich — wie schon eingangs erwähnt — um eine Sonderleistung, die aber nach den Vorschriften des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes bemessen und ausgezahlt wird. Ein Versicherter, der das Sonderruhegeld in Anspruch nehmen will, muß innerhalb der letzten 20 Jahre, bevor er seine Arbeit aufgibt, mindestens 180 Monate Nachtschicht-Schwerarbeit geleistet haben. Weiters muß auch der Zeitraum zwischen der Vollendung seines 50. Lebensjahres (bei Frauen des 45. Le-

bensjahres) bis zur Aufgabe der Beschäftigung (Stichtag) zur Hälfte mit solchen qualifizierten Zeiten gedeckt sein. Als dritte Voraussetzung darf er am Stichtag keine selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, aus der er (im Jahre 1981) mehr als 2 878 S monatlich verdient. Wenn er diese Voraussetzung erfüllt und das Anfallsalter vollendet hat, erwirbt er den Anspruch auf das Sonderruhegeld.

Das Anfallsalter für das Sonderruhegeld ist gegenüber dem Anfallsalter für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz herabgesetzt. In den Jahren 1981, 1982 und 1983 gebührt das Sonderruhegeld bereits dann, wenn in einem dieser drei Jahre das 57. Lebensjahr (Frauen: 52. Lebensjahr) vollendet wurde. Das Sonderruhegeld steht natürlich auch zu, wenn der Versicherte älter als 57 (52) Jahre ist. So kann zB ein 63jähriger, der die Voraussetzung für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer (35 Versicherungsjahre und in den letzten drei Kalenderjahren mindestens 24 Monate einer pflichtversicherten Beschäftigung) nicht erfüllt, das Sonderruhegeld mit Erfolg beantragen, wenn er in den letzten 20 Jahren mindestens 180 Monate und ab dem vollendeten 50. Lebensjahr bis zum Stichtag die Halbedeckung mit qualifizierten Arbeitszeiten nachweisen kann.

Von 1984 bis 1986 wird das Anfallsalter auf das 58. (53.) Lebensjahr, in den Jahren von 1987 bis 1989 auf das 59. (54.) Lebensjahr und im Jahre 1990 auf das 60. (55.) Lebensjahr angehoben. Es wird daher noch im Jahre 1990 ein Nachtschicht-Schwerarbeiter, der zwar für die normale Alterspension noch zu jung ist und auch die Voraussetzungen für die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer nicht erfüllt hat, in den Genuß des Sonderruhegeldes kommen können, wenn er innerhalb der letzten 20 Jahre 15 Jahre qualifizierte Arbeit nachweisen kann und auch der Zeitraum seit dem 50. Lebensjahr zur Hälfte mit qualifizierten Arbeitszeiten gedeckt ist.

Das Sonderruhegeld wird von dem Pensionsversicherungsträger festgestellt und ausgezahlt, der für die Gewährung einer Invaliditätspension (Berufsunfähigkeitspension bzw. Knappschaftsvollpension) zuständig gewesen wäre. Auch die Berechnung des Sonderruhegeldes erfolgt so, als hätte der Versicherte eine solche Pension beantragt. Das festgestellte Sonderruhegeld wird allerdings dann so behandelt, als wäre es eine vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer: Wenn zB der Sonderruhegeldempfänger eine Beschäftigung annimmt, aus der er ein monatliches Einkommen von mehr als 2 878 S (1981) erzielt, fällt das Sonderruhegeld — wie die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer — mit dem Ablauf des Monats weg,

in dem die Beschäftigung aufgenommen worden ist. Wird die Beschäftigung wieder aufgegeben, lebt das Sonderruhegeld — auf Antrag — mit dem nächsten Monatsersten wieder auf.

Auch in allen anderen Belangen wird das Sonderruhegeld wie eine vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer behandelt: Der Bezieher des Sonderruhegeldes ist krankenversichert, ihm gebührt die Wohnungsbeihilfe, die Familienbeihilfe und der Kinderzuschuß und unter Umständen auch die Ausgleichszulage und der Hilfenlosenzuschuß. Der Empfänger des Sonderruhegeldes zahlt den gleichen Krankenversicherungsbeitrag wie ein Pensionist.

Für die Anwendung der ASVG-Bestimmungen gibt es nur drei Ausnahmen:

1. Die Vollendung des Anfallsalters wird dem Eintritt des Versicherungsfalles in der Pensionsversicherung gleichgestellt. Dies ist erforderlich, weil es für das Sonderruhegeld praktisch keinen Versicherungsfall gibt, der Versicherungsfall aber für die Feststellung des Stichtages erforderlich ist.
2. Der Anspruch auf Sonderruhegeld erlischt mit dem Monat, in dem das 65. (bei Frauen das 60.) Lebensjahr vollendet wird. Mit diesem Zeitpunkt gelten aber die Voraussetzungen für die normale Alterspension als erfüllt. Von einem automatischen Übergang des Sonderruhegeldes in die normale Alterspension wurde aus mehreren Gründen abgesehen: Mit der Vollendung des Anfallsalters für eine normale Alterspension (65. bzw. 60. Lebensjahr) soll eine Leistung aus der gesetzlichen Pensionsversicherung gewährt werden und die Sonderversorgung, das Sonderruhegeld, eingestellt werden. Zu diesem Zeitpunkt kann aber unter Umständen das Sonderruhegeld wegen einer ausgeübten Beschäftigung weggefallen sein, sodaß auch zum Stichtag die Voraussetzungen für die normale Alterspension nicht erfüllt wären. Der Sonderruhegeldempfänger kann auch in der Zwischenzeit weitere Versicherungszeiten erworben haben, die bei Feststellung der normalen Alterspension zu berücksichtigen sind. Eine generelle Lösung, wie die vorgeschlagene, läßt Schwierigkeiten aus den vorgenannten Fakten gar nicht erst entstehen. Natürlich wird jeder Bezieher eines Sonderruhegeldes einen Antrag auf Alterspension stellen müssen. Jene Bezieher, denen im Kalendermonat der Vollendung des 65. (60.) Lebensjahres das Sonderruhegeld ausbezahlt wird, wird der Pensionsversicherungsträger zur Antragstellung einladen; jene, die im Kalendermonat der Vollendung des 65. (60.) Lebensjahres das Sonderruhegeld nicht beziehen, weil sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, werden die Alterspension erst dann beantra-

gen, wenn sie die Beschäftigung aufgeben und damit die Voraussetzung für die Gewährung der Alterspension erfüllen.

3. Für die Begründung des Anspruches auf Sonderruhegeld sind auch noch zwei Übergangsbestimmungen von Bedeutung:

Ab 1. Juli 1981 werden jene Beitragszeiten für die Begründung des Anspruches auf Sonderruhegeld herangezogen, für die Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beiträge geleistet worden sind. Zeiten vor dem 1. Juli 1981 werden nur dann berücksichtigt, wenn für sie bei früherem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes Beiträge nach Art. XI Abs. 3 zu entrichten gewesen wären.

Das Sonderruhegeld soll in Fällen, in denen das Anfallsalter bereits vor dem 1. Juli 1981 vollendet worden ist und das Beschäftigungsverhältnis spätestens mit 30. Juni 1981 beendet hat, ab 1. Juli 1981 gewährt werden. Das würde erfordern, daß die Anträge für alle diese Fälle am 1. Juli 1981 gestellt werden müßten. Dieser praktischen Unmöglichkeit wird dadurch abgeholfen, daß Anträge, die bereits vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, aber auch innerhalb von drei Monaten ab dem Inkrafttreten gestellt werden, als am 1. Juli 1981 gestellt gelten.

Zu Art. XII (Verfahren):

Auch für das Verfahren sollen die Vorschriften des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes angewendet werden, wobei der Instanzenzug im Falle eines Streites, ob eine Nachtschicht-Schwerarbeit vorliegt bzw. wann diese beginnt oder endet, bis zum Bundesministerium für soziale Verwaltung geht.

Im Hinblick darauf, daß die Kriterien einer Nachtschicht-Schwerarbeit bisher — außer vereinzelt im Bereich des Arbeitsrechtes und des Arbeitnehmerschutzes — kaum Gegenstand eines Verwaltungsverfahrens gewesen sind, muß für die Dauer der Sonderregelung mit einem großen Anfall von Verwaltungsverfahren, insbesondere auch beim Bundesminister für soziale Verwaltung, gerechnet werden. Die Vollziehung dieser Aufgabe wird mit dem vorhandenen Verwaltungspersonal, wenn es nicht zu Verzögerungen bei Berufungsentscheidungen kommen soll, nicht bewältigt werden können. Es muß angenommen werden, daß — selbst unter Beachtung des Grundsatzes der äußersten Sparsamkeit — eine Erweiterung des Personalstandes der in Betracht kommenden Abteilung um zwei Personen, je eine der Verwendungsgruppen A und B, notwendig sein wird.

Zu Art. XIII (Übergangsbestimmungen):

Dieser Artikel regelt in seinen Abs. 1 und 3 das Verhältnis der Bestimmungen der Art. II

und III zu entsprechenden Regelungen in Rechtsquellen, die dem Gesetz nachgeordnet sind und im Zeitpunkt des Inkrafttretens in Geltung stehen. Solche Regelungen in Kollektivverträgen, Arbeits(Dienst)ordnungen, Betriebsvereinbarungen sowie Einzelarbeitsverträgen über Zusatzurlaube und bezahlte Kurzpausen, die den in den novellierten Gesetzen begünstigten Arbeitnehmern aus den in diesem Gesetz bezeichneten Gründen gewährt werden, bleiben von der gesetzlichen Regelung unberührt, wenn sie für die Arbeitnehmer günstiger sind. Diesem Verständnis vom Wesen der Günstigkeitsklausel entspricht ihre Konzeption in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der letzten Zeit.

Abs. 2 legt für den Anspruch auf Zusatzurlaub den Zeitpunkt seines Entstehens fest, ohne hierbei eine Aliquotierung vorzusehen. Dies geschieht bewußt, da der Zweck dieses Urlaubs eine solche geradezu verbietet. Außerdem würde eine Aliquotierung zu Teilen von Urlaubstagen führen und nur schwer praktikabel sein.

Die in Abs. 4 vorgesehene Meldepflicht entspricht der Verpflichtung des Arbeitgebers zur Verständigung des Arbeitsinspektorates gemäß § 11 Abs. 3 Z 5. Um dem Arbeitgeber jedoch die Meldung für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes beschäftigten Arbeitnehmer unschwer zu ermöglichen, wird ihm in diesem Zusammenhang eine längere Frist eingeräumt.

Die Bestimmung des Abs. 5 terminisiert die erstmalige Meldung der im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes als versichert gemeldeten Nachtschicht-Schwerarbeit leistenden Dienstnehmer mit dem 31. Oktober 1981.

Erläuterungen zu Abs. 6 und 7 finden sich in den Bemerkungen zu den Art. VII und IX.

FINANZIELLE ERLÄUTERUNGEN

Auf Grund der Definition des Begriffes „Nachtschicht-Schwerarbeit“ (Art. VII Abs. 3 und 4) kann die Zahl der von Nachtschicht-Schwerarbeit betroffenen Beschäftigten unter Zuhilfenahme der Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1978 über Sonderformen der Arbeitszeiteinteilung und einer Studie des Institutes für Gesellschaftspolitik über Schichtarbeit in Österreich mit rund 70 000 Personen angenommen werden. Das sozialversicherungspflichtige Entgelt dieser Beschäftigten kann unter Zugrundelegung einer Schichtung der Beitragsgrundlagen nach Wirtschaftsklassen, die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erstellt wurde, für 1981 mit rund 16 000 S monatlich angesetzt werden. Daraus ergibt sich eine versicherungspflichtige jährliche Beitragsgrundlagensumme dieses Personenkreises von 15 680 Mill. S auf Geldwertbasis 1981.

Die Kosten für das Sonderruhegeld können auf Grund des Gesetzentwurfes wie folgt abgeschätzt werden:

Auf Grund des Mikrozensus über die Sonderformen der Arbeitszeiteinteilung liegt die Quote der Schichtarbeiter der 50jährigen und älteren Beschäftigten geringfügig höher als die Quote über alle Alter gemessen. Berücksichtigt man diesen Umstand und wendet das Verhältnis der geschätzten 70 000 Nachtschicht-Schwerarbeiter an allen Versicherten in der Pensionsversicherung auf die für das Sonderruhegeld in Frage kommenden Jahrgänge an, so ergeben sich für das zweite Halbjahr 1981 und die ersten drei Jahre der vollen Geltung des Gesetzes die in nachfolgender Tabelle angegebenen Zahlen der Sonderruhegeldempfänger (Maximalzahlen, die je nach dem Grad der Inanspruchnahme des Sonderruhegeldes und der Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen auf Grund des Gesetzentwurfes erheblich reduziert werden können). Auf Grund der Annahme über die durchschnittliche Beitragsgrundlage (16 000 S) ist ein durchschnittliches Sonderruhegeld von 8 500 S monatlich für das Jahr 1981 wahrscheinlich. Daraus ergeben sich folgende Kosten für das Sonderruhegeld einschließlich der Aufwendungen für die Krankenversicherung:

	Sonderruhegeldempfänger	Aufwand an Sonderruhegeld	Sonderruhegeld einschl. KV und erweiterter Gesundheitsvorsorge (x 1,10)
		Mill. S	
2. Halbjahr 1981	3 600	214,2	235,6
1982	3 950	470,0	517,1
1983	4 750	565,0	621,8
1984	5 050	601,0	661,0

Dem steht unter der Annahme einer jährlichen Beitragsgrundlagensumme von 15 680 Mill. S und eines Beitragssatzes von 2,5 vH (Art. XI Abs. 3) ein jährliches Beitragsaufkommen von 392 Mill. S gegenüber.

Was die Entwicklung nach 1984 anlangt, so kann angenommen werden, daß der Aufwand für Sonderruhegeld noch bis etwa 1986 ansteigen wird. Von da an wird der Aufwand Jahr für Jahr — bedingt durch die schwächeren Zugänge — absinken. Um dieser Entwicklung in der Finanzierung Rechnung tragen zu können, um also zu vermeiden, daß einerseits die Dienstgeber mit einem Mehr an Beiträgen belastet werden als notwendig ist, um aber auch andererseits den Bund davor zu schützen, daß er durch die in Rede stehende Sonderregelung mit einem höheren Aufwand belastet wird als dies Art. XI vorsieht, soll der Beitragssatz im Verordnungswege so verändert werden, daß unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse der gesonderten Rechnungslegung die in Aussicht genommene Finanzierungsmodalität gesichert wird.

Was diese Finanzierungsmodalität selbst anlangt, so ist in Aussicht genommen, daß der Bund den Trägern der Pensionsversicherung den Aufwand für Sonderruhegeld einschließlich des Krankenversicherungsbeitrages und der Maßnahmen für Gesundheitsvorsorge zu ersetzen hat. Die Ersatzleistung des Bundes ist mit 110 vH des Aufwandes für Sonderruhegeld beschränkt, sodaß damit auf alle Fälle das Sonderruhegeld, der Krankenversicherungsbeitrag in der Höhe von 7,5 vH (siehe § 73 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes), den der Träger der Pensionsversicherung an den Träger der Krankenversicherung zu leisten hat, und auch zumindest ein Teil der Aufwendungen für Gesundheitsvorsorge bzw. des Verwaltungsaufwandes gedeckt erscheint. Gemäß dem Verursacherprinzip wird ein nur vom Dienstgeber zu tragender Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag in der Höhe von 2,5 vH der allgemeinen Beitragsgrundlage der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz eingeführt.

Wie sich aus dem vorstehend Gesagten ergibt, wird dem Beitragsaufkommen in der Höhe von 392 Mill. S ein Aufwand des Bundes im Jahre 1982 von 517,1 Mill. S gegenüberstehen. Daraus ergibt sich eine etwa 75%ige Deckung der Aufwendungen des Bundes durch den Sonderbeitrag. Damit entsteht die Frage, warum dem Bund — obwohl für die Finanzierung des Aufwandes grundsätzlich das Verursacherprinzip Geltung haben soll — die Tragung eines Viertels des Aufwandes zugemutet wird. Diese Regelung findet in den folgenden Überlegungen ihre Begründung:

Der Anspruch auf Sonderruhegeld wird ohne weiteres Verfahren mit Ablauf des Kalendermonates erlöschen, in dem der Empfänger das

65. (die Empfängerin das 60.) Lebensjahr vollendet, das heißt, daß das Sonderruhegeld, wenn nicht schon früher ein Grund für das Erlöschen des Anspruches eintritt, bis zum Anfall der normalen Alterspension bezogen werden wird. Nun muß aber davon ausgegangen werden, daß viele der für die Inanspruchnahme des Sonderruhegeldes in Betracht kommenden Personen schon vor Vollendung des Anfallsalters für die normale Alterspension entweder invalid geworden wären oder die vorzeitige Alterspension bei länger Versicherungsdauer (Frühpension) in Anspruch genommen hätten. Den daraus resultierenden Aufwand hätten die Pensionsversicherungsträger selbst bzw. im Rahmen des § 80 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes der Bund zu tragen. Die in den letzten Jahren stark ansteigende Inanspruchnahme der Frühpension und die zunehmende Invalidisierung in den Altersgruppen der 57- bis 59jährigen Männer rechtfertigen es, diesen Aufwand mit einem Viertel des Gesamtaufwandes anzusetzen und ihn, da er — wie gesagt — auch ohne Einführung der Sondermaßnahmen für Nachtschicht-Schwerarbeiter entstanden wäre, über die Normalfinanzierung der Pensionsversicherung abzudecken.

Was die Abwicklung der Finanzierung anlangt, scheint die administrativ problemloseste Form die zu sein, daß die mit dem Beitragseinzug beauftragten Träger der Krankenversicherung auch den Sonderbeitrag einheben und ihn — wie die Beiträge nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und die besonderen Beiträge nach dem Wohnungsbeihilfengesetz — unmittelbar an den Bund abführen. Der Bund seinerseits wird seine finanziellen Leistungen nach dem Vorbild des Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung monatlich zu bevorschussen haben.